



Entstehung und Steuerung von schweizerischen Gleichstellungspolitiken zur Erwerbsarbeit Schweiz

Zusammenfassung der Projektergebnisse – Kurzversion

Projektteam:

Prof. Thomas Widmer, Prof. Silke Bothfeld, Dr. Gesine Fuchs, Dr. Andrea Leitner, Sophie Rouault und Christine Zollinger

Kontakt:

Prof. Thomas Widmer
Institut für Politikwissenschaft
Universität Zürich
Affolternstrasse 56
8050 Zürich
T: +41 44 634 38 41
thow@ipz.uzh.ch

Mai 2014

Genese und Steuerung beruflicher Gleichstellungspolitik in der Schweiz

Lay Summary

Thomas Widmer, Gesine Fuchs und Christine Zollinger
Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich, 6. April 2014

Das Projekt im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Gleichstellung der Geschlechter“ (NFP60) untersuchte Prozesse der politischen Agenda-Gestaltung, der Politikformulierung und der Implementation beruflicher Gleichstellungspolitiken seit Mitte der 1990er Jahre in drei Handlungsfeldern, nämlich bei der

- Gleichstellungsförderung öffentlicher Arbeitgeber, speziell der Personalpolitik des Bundes,
- Bereitstellung und Ausgestaltung kommunaler Angebote zur familienexternen Kinderbetreuung und
- Antidiskriminierungspolitik gemäss Gleichstellungsgesetz einschliesslich der kantonalen Schlichtungsverfahren.

Das Projekt, das sich vornehmlich mit der schweizerischen Gleichstellungspolitik befasst, wurde ergänzt um Länderstudien zu Deutschland und Österreich, die von Prof. Dr. Silke Bothfeld und Sophie Rouault (Hochschule Bremen) sowie von Dr. Andrea Leitner (Institut für höhere Studien Wien) erarbeitet wurden.

Die Untersuchungen bestätigen den allgemeinen Eindruck, dass in den letzten Jahrzehnten in allen drei untersuchten Handlungsfeldern wesentliche Fortschritte erzielt werden konnten. Neben zahlreicher, feldspezifischer Resultate verweisen unsere Analysen auch auf zwei übergreifende Befunde.

Die gleichstellungspolitischen Massnahmen unterscheiden sich in wesentlichen Merkmalen erheblich zwischen den untersuchten Gemeinden, Kantonen oder Bundesstellen. Diese *Heterogenität* besteht aus drei Komponenten: Erstens können die Differenzen Ausdruck unterschiedlicher Problemlagen und Bedürfnisse bilden: Nicht jede Gemeinde benötigt ein identisches Kinderbetreuungsangebot, nicht jede Bundesstelle die gleichen personalpolitischen Massnahmen. Zweitens können die bestehenden Unterschiede politisch bewusst gewollt sein, also aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen und Ideologien der politischen Entscheidenden absichtlich zustande kommen. Darüber hinaus ist aber in den untersuchten Feldern auch eine dritte Differenz zu beobachten, die sich weder sachlich begründen noch politisch legitimieren lässt, sondern eher einen zufälligen oder gar willkürlichen Eindruck hinterlässt. Aus unserer Sicht bestehen bezüglich dieser dritten Komponente der gleichstellungspolitischen Heterogenität erfolgversprechende Handlungsmöglichkeiten.

Den heutigen beruflichen Gleichstellungspolitiken, namentlich den Massnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hat eine neuere *sozial-liberale Koalition* zum Durchbruch verholfen. Neben den traditionell gleichstellungspolitischen Anliegen und staatlichen Massnahmen aufgeschlossenen linken Kreisen unterstützen auch wirtschaftsnahe bürgerliche Kreise Massnahmen die sich dazu eignen, Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. Die breit aufgestellte Koalition linker und bürgerlicher Kreise hat deswegen massgeblich zum Ausbau von Vereinbarkeitsmassnahmen beigetragen. Gerade diese Massnahmen haben aber das Potential zur sozialen Diskriminierung. Da die Massnahmen darauf ausgerichtet sind, besonders den hochqualifizierten Frauen Erwerbsarbeit zu ermöglichen, besteht die Gefahr, dass weniger Qualifizierte davon nicht gleichermassen profitieren (können).

Daneben haben wir auch festgestellt, dass Vereinbarkeitsmassnahmen, namentlich die familienexterne Unterstützung bei Betreuungs- und Sorgearbeit, prekäre, schlecht bezahlte Arbeitsplätze in erster Linie für Frauen schaffen. Damit kann bei diesen weiblichen Erwerbstätigkeiten im Dienste der Gleichstellung durchaus von einem *sozialen Rebound-Effekt* gesprochen werden. Notwendig scheint aufgrund dieser Befunde eine breitere gesellschaftliche Debatte über die normativen Zielvorstellungen einer umfassenden Gleichstellung der Geschlechter, welche die derzeit herrschende Elitenfixierung überwindet.